

# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen  
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 9.

Berlin, den 12. November 1916.

11. Jahrgang.

## Parteigenossen und Parteigenossinnen Groß-Berlins!

Wir müssen auf diesem Weg zu Euch reden. Euer Parteiblatt, der „Vorwärts“, die Zeitung der Berliner Arbeiter, das fleißige, jahrzehntelange Kleinarbeit der Genossen mit hat in die Höhe bringen helfen, ist Eurem Einfluß entzogen worden, man hat Euch Eure Rechte an Eurem Eigentum beraubt.

Der Parteivorstand und sein Helfershelfer, der Geschäftsführer Richard Fischer, haben das einst in sie gesetzte Vertrauen schmähtlich gemißbraucht, Treu und Glauben mit Füßen getreten und sich unter Bruch alles dessen, was Parteistatut, Parteitagsbeschlüsse und Parteitradition heißt, mit Gewalt in den alleinigen Besitz des „Vorwärts“ gesetzt.

Mit diesem Gewaltstreiche gegen den „Vorwärts“ und die Berliner Parteibewegung hat der Parteivorstand und seine Gefolgschaft seine unheilvolle Kriegspolitik gekrönt, hat ihre ganze Hohlheit und Unehrllichkeit nackt gezeigt. Jetzt will er mit den Mitteln brutaler Gewalt noch retten, um den ihm drohenden Zusammenbruch aufzuhalten. Diesem Zwecke soll in erster Linie das Attentat gegen den „Vorwärts“ und die verhasste und unbequeme Berliner Parteibewegung dienen.

Jetzt herrscht im „Vorwärts“ ein Willkürregiment schlimmster Art. Die rechtmäßige Redaktion ist mundtot gemacht worden. Unter der ebenso eisenstirnigen wie geistesarmen Diktatur des Parteivorstandsmitgliedes Hermann Müller darf sich eine Journalistik breit machen, die mit allem, was sozialdemokratisch heißt, ein unehrllich Spiel treibt und nach dem Muster niedrigster Sensationspresse arbeitet.

Die von den Berlinern eingesetzte Preßkommission, deren Rechte und Pflichten im Parteistatut klar umschrieben sind, ist von dem ungetreuen Wächter dieses Statutes, dem Parteivorstande, an die Wand gedrückt worden und muß mit gebundenen Händen zusehen, wie mit dem Eigentum der Berliner Genossen gewüßet wird.

Parteigenossen und Parteigenossinnen Groß-Berlins. Angesichts solcher empörender Vergewaltigung hat sich Eure Verbandsgeneralversammlung

zu Abwehrmaßnahmen entschließen müssen. Sie mußte es tun, wollte sie vor der ganzen Welt nicht mit dem Brandmal politischer Jämmerlichkeit dastehen. An Euch ist es, die Abwehrmaßnahmen in die Tat umzusetzen. Ihr wäret die Streiche wert, die Euch die Parteidespoten jetzt und für die Zukunft zudenken, wenn Ihr nicht mit aller Macht gegen diese Gewaltmenschen Front machen würdet. Die Gegner der Arbeiterklasse hätten nur zu sehr recht, wenn sie aus einer etwaigen friedfertigen Ergebung ihre Schlüsse für die Zukunft zögen. Eure Schuld ist es nicht, wenn der „Vorwärts“ in diesem Kampfe leiden muß.

Durch unseren Kampf gegen den vom Parteivorstand usurpierten „Vorwärts“ droht das Band, das gerade in dieser Kriegszeit durch unsere Zeitung für unsere Organisationen gegeben war, sich zu lockern. Im Interesse unseres Organisationslebens sehen wir uns daher gezwungen, mit Hilfe des „Mitteilungsblattes“ an alle Mitglieder unserer Organisationen heranzutreten, sie über die Vorgänge der Berliner Parteibewegung zu unterrichten, ihre Ueberzeugung zu stärken und den sozialdemokratischen Geist zu erhalten.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Das Opfer, das von Euch verlangt wird, müßt Ihr bringen, wenn Ihr Euch nicht unter die Knute einer verabscheuungswürdigen Parteidiktatur ducken wollt, Ihr müßt es bringen, wenn es Euch zu tun ist um die Gesundung unserer Bewegung für Gegenwart und Zukunft, wenn Euch der Sieg des Sozialismus und der Demokratie am Herzen liegt. Unserer Parteiarbeit sind jetzt von außen und von innen Fesseln angelegt, an der Verbreitung des „Mitteilungsblattes“ kann jeder direkt und indirekt mithelfen. Es ist dies jetzt ein wichtiges Mittel, der Gewaltpolitik des Parteivorstandes entgegenzutreten und unsere Berliner Organisationen zu einheitlicher Abwehr zusammen zu halten.

Darum Parteigenossen und Parteigenossinnen Groß-Berlins! Verbreitet, unterstützt und lest das „Mitteilungsblatt“!

Der geschäftsführende Ausschuß.  
J. A.: Adolf Hoffmann.

## Macher und Schieber.

„Wenn in einem Gesellschaftszustande die Dinge sich einmal so weit entwickelten, daß ein großer Teil der Beteiligten und Interessierten von Unzufriedenheit und Mißstimmung gegen das Bestehende und von Sehnsucht nach besseren Zuständen erfüllt ist, so wird der alte Zustand sich auf die Dauer nicht halten können, was immer für Mittel und Praktiken in Anwendung kommen, ihn zu erhalten und zu stützen. Mag die Sehnsucht der Masse nach Veränderung des Bestehenden, nach Umgestaltung ihrer Lage zunächst nur eine Sache des Gefühls sein, das aber in dem tatsächlichen Zustand der Verhältnisse seine Begründung und seine Berechtigung findet. Mag diese Masse sich über den Weg wie über die Mittel, durch die ihr geholfen werden könnte, noch so unklar sein, der Moment kommt, wo sie mit elementarer Macht, instinktiv stets richtig, nach dem bestimmten Ziele drängt und die bewußten und wissenden Geister zwingt, sich zu ihrem Organ, zu ihrem Mundstück und zu ihren Werkzeugen aufzuwerfen, um die Bewegung zum richtigen und nach Lage der Verhältnisse möglichen Ziele zu leiten. Die Führer sind unter solchen Umständen stets Werkzeuge, nicht Macher, und sie werden beiseite geworfen, sobald sie sich zu Machern aufwerfen, die Bewegung für sich und nach eigenem Gutdünken, statt im Interesse der Beteiligten zu benutzen suchen. Die rasche Abwirtschaffung der Führer in akut gewordenen Volksbewegungen hat in diesem Geheimnis ihren Grund, sie wollen Alles machen sein, wo sie nur Werkzeuge sein sollen und können. Da man sich hüben wie drüben dieses Verhältnisses selten bewußt ist, schreien die einen über Verrat, die anderen über Undankbarkeit der Masse; das erstere ist selten wahr, das letztere zu behaupten stets eine Narrheit, ein Verlangen, das nur diejenigen stellen können, die sich über die Natur ihrer Stellung nie klar waren, Schieber zu sein glaubten, wo sie nur Geschobene sein konnten.“

\* \* \*

August Bebel war es, der im Anfange des Jahres 1907 diese Worte niederschrieb und zwar in einer Vorrede zur zweiten Auflage seines Buches über den großen Utopisten Charles Fourier. Klar und deutlich spricht hier der geniale Führer der größten proletarischen Massenbewegung aus, was durch zahllose geschichtliche Tatsachen bestätigt wird und was auch heute in der deutschen Sozialdemokratie wie in den sozialistischen Parteien fast aller Länder handgreiflich in Erscheinung tritt: Viele Führer wollen Staatsmänner, Diplomaten sein, die sich und anderen einreden, sie täten alles für die Arbeiter. Wo aber die Arbeiter aus dem Gefühl ihrer Sache heraus den Diplomatenkünsten gewisser Führer ablehnend und mißtrauisch gegen-

überstehen, da werden sie von eben diesen Führern beschimpft und gebüffelt und zwar mit den Mitteln, die die Massen solchen Führern einst vertrauenselig in die Hand gegeben hatten. Die ganze Geschichte der von der offiziellen deutschen Sozialdemokratie eingeschlagenen Kriegspolitik, die Behandlung der Opposition, nicht zuletzt aber all die Begleiterscheinungen des sogenannten Vorwärtskonfliktes sind ein einziges, packendes Schulbeispiel für den geschichtlichen Erfahrungsgrundsatz, den unser Vorkämpfer August Bebel über die Beziehungen zwischen Massen und Führern aufgestellt hat.

Wenn die Männer, die jetzt in diesen schweren aller Völker- und Parteikrisen im Vorstande der deutschen Sozialdemokratie oder an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung stehen, noch einen Funken historischen und proletarischen Gefühls im Leibe hätten, so hätten sie sich gehütet, in so gehässiger und brutaler Form Inbels zu wollen, wie sie es getan haben und noch tun.

Macher und Schieber sind die Männer geworden, die die Pflicht gehabt hätten, auch im Sturmegebrause eines Weltkrieges als unerschütterte Vertreter des proletarischen und demokratischen Gedankens, als unbestechliche Führer des großen sozialistischen Vermächtnisses wie ein Fels zu stehen. Ein Scheidemann, dieser einstige begeisterte Herold einer unsozialistischen Durchhalte- und Siegesparole, ein Scheidemann, der als commis voyageur für die Kriegsziele Bethmann-Hollwegs im Lande herum fuhr, kann nicht verlangen, daß ihn die sozialdemokratisch denkenden und proletarisch fühlenden Arbeiter noch ernst nehmen, wenn er jetzt dem Reichsfinanzler mit Drohungen regaliert oder gegen politische Zensur, Schutzhaft usw. wettet. Und die Gewerkschaftsdespoten müssen sich schon den Hinweis auf die Unehrlichkeit und Kurzsichtigkeit ihres Tun gefallen lassen, wenn sie die Arbeiter um Gottes und aller Gewerkschaftsheiligen willen zur Einigkeit mahnen, „um der schweren Kämpfe willen, die die Zukunft der Arbeiterschaft bringt.“ Ach, meine Herren, wo war denn der Gedanke an diese Kämpfe, als Sie sich zur Mitarbeit an den vielen schönen Harmoniebüchern hergaben, die der kurzlebigen Kriegskonjunktur ihr Entstehen verdankten? Wo war der Gedanke an die Einigkeit, als Sie mit Knüppeln auf die 111 Opposition losschlugen, die Jauchekübel der J. K. rührig füllen halfen und frischfromm-fröhlich-frei Sonderorganisationen gründeten und den „Vorwärts“ konfottierten?

Im „Vorwärts“ schaltet und waltet jetzt Herr Müller als Sachwalter des Parteivorstandes. Alle Welt weiß, daß innerer und äußerer Charakter des Blattes damit ein anderer geworden ist. Das Parteivorstandsglied Müller hat sich seine journalistischen Vorbeeren in dem Parteiblatt in — Görlitz geholt,

als es noch Kopfblatt der Dresdener Volkszeitung war. Als Adjutanten, Stütze und Einbläser hat er den österreichischen Parteijournalisten Friedrich Stampfer seiner diktatorischen Herrlichkeit attachediert. Stampfer hält es mit seiner journalistischen Berufsehre für vereinbar, wenn er die rechtmäßige Redaktion in ihrem eigenen Blatte knechten hilft; er und all die anderen, die Stampfers Beispiel folgen, sind zu intelligent, um nicht zu wissen, daß das alles unter dem Bruche des Parteistatuts und unter Verachtung aller demokratischen Anschauungen geschieht. Das hindert sie nicht, Arm in Arm mit dem Vorstandsdiktator Müller, für „die sozialistische Weltanschauung“ zu kämpfen und dem Blatte „die Beachtung in der Zeitungswelt zu sichern, die es verdient“. Doch das ist eine Sache für sich, wie es auch einer besonderen Würdigung der Tatsache bedarf, daß Stampfer sich als eifriger Verfechter der auch von Scheidemann verkündeten Idee von der Schaffung einer zweiten sozialdemokratischen Zeitung in Berlin zeigte. Ebenso soll hier nicht näher darauf eingegangen werden, daß die Müller-Stampfer-Redaktion des „Vorwärts“ aus dem Vollen wirtschaften kann. Hier merkt man nichts von den Spargeboten, die der Geschäftsführer Fischer der rechtmäßigen Redaktion aufzwang und sie damit in bezug auf Raum, Mitarbeiter, Privattelegramme usw. einzwängte.

Stampfer ist aber der typische Vertreter jener Macher- und Schieberpolitik, von der Bebel spricht. Als geriebener und fiedergewandter Journalist überträgt er die Sentimentalitäten und Blendenmethoden der Wiener Kaffeehausjournalistik ins Sozialistische, als Politiker gehört er aber zu jenen Führern, die, wie Bebel sagt, die Bewegung nach eigenem Gutdünken zu benutzen suchen. Er und seinesgleichen wollen die Arbeiter und ihre Organisationen wie Schachfiguren hin- und herschieben, je nachdem es ihre Staatsmannskunst und ihre diplomatische und auf die rein parlamentarische Atmosphäre eingestellte Spürnase es ihnen eingibt. Ohne eigene, das ganze Sein aufpeitschende Lebenserfahrungen, ohne Verständnis und tieferes Gefühl für das, was die Massen draußen bewegt, wollen die Stampferleute die Bewegung so dirigieren, wie es ihnen ihre höhere Erleuchtung im Café Josty eingibt.

In der umfangreichen Paradennummer des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 5. November, die offenbar auf den Gimpelfang berechnet war und den Beschlüssen der Berliner Verbandsgeneralversammlung entgegenwirken sollte, — hatte doch darin sogar ein Heinrich Schulz starke Töne angeschlagen, allerdings nach Schluß des Reichstags und nach Bewilligung von wiederum 12 Milliarden, — singt Friedrich Stampfer ein Loblied auf die „concordia“, auf die Eintracht. In einem Artikel, „Strom und Schaum“ betitelt, geht er alle inneren Parteikämpfe der Vergangenheit durch, von den Utopisten über Marx, die Eisenacher und Lassalleaner, die „Jungen“ und den Kampf

zwischen Revisionismus und Radikalismus. Alles war Schaum, sagt Stampfer, der Strom der großen Bewegung ist unaufhaltsam weitergeflossen. So ist auch der gegenwärtige Parteikrahl nur Schaum, meint Stampfer. — Ach nein, so leicht und elegant kommt man über den gegenwärtigen Parteistreit nicht hinweg, kein anderer Parteistreit ist ihm zu vergleichen. Denn der Untergrund unserer heutigen Parteiwirren ist eine Weltkatastrophe, in sie spielt hinein das Sterben und Bluten von Millionen, in ihnen klingen wieder die Seufzer, die Tränen, die Sorgen, Entbehrungen und Verzweiflungsschreie ganzer Völker und Klassen.

Heber Gewaltmenschen, Macher und Schieber wird der große proletarische Strom früher oder später hinweggehen.

### Was nicht im „Vorwärts“ stehen durfte.

In den Verhandlungen, die im Oktober zwischen den Berliner Parteinstanzen und dem Vorstände wegen Aufhebung des vierten Vorwärtsverbotes gepflogen wurden, erklärte der derzeitige Parteivorstand Ebert feierlich, die Handhabung der Vorstandszensur solle in durchaus loyaler Weise erfolgen, alle Meinungen sollten im „Vorwärts“ zur Geltung kommen. Wie es um diese „Loyalität“ in Wirklichkeit bestellt ist, davon kann die rechtmäßige Redaktion ein Vieklein singen. Letzten Endes läuft die ganze Tätigkeit des den Berlinern aufgezwungenen „Chefredakteurs“ darauf hinaus, die hohle, kurzfristige und unehrliche Politik des Vorstandes, der Fraktion und all ihrer Trabanten den Arbeiterlesern des „Vorwärts“ schmackhaft zu machen. Man will die Arbeiter mit Illusionen mästen und die eigene Staatsmannskunst in bengalischer Befechtung zeigen. Darum darf natürlich jetzt nichts im „Vorwärts“ stehen, was den Arbeitern die Augen über den Illusionsschwindel unserer erleuchteten und vielgewandten Parteidiplomaten öffnen könnte. Kein Wunder, daß der Vorstandsbüttel Müller nachstehende Notiz aus dem „Vorwärts“ herauswarf:

#### Die Berliner „Massen“.

Unter dieser Ueberschrift macht eine Notiz die Reise durch die Mehrheitspresse der Partei, in welcher der Versuch gemacht wird, an der Hand der Abstimmungsziffern in den Generalversammlungen der Berliner Wahlkreise den Beweis zu erbringen, daß die Berufung auf die Massen in Berlin ein hohles Gerede sei. Selbst im sechsten Kreise hätten sich von 1000 Mitgliedern nur 17 an der Generalversammlung beteiligt. Dieser Kreis zählte allein 5129 weibliche Mitglieder, also das Zehnfache von dem, als Mitglieder in der Versammlung waren. — Der Verfasser der Notiz weiß nicht, daß den Generalversammlungen in allen Wahlkreisen Berlins Extrazahlabende vorausgingen, in denen die Genossen Gelegenheit nahmen, sich zu der Sache auszusprechen, daß an den Generalversammlungen selbst aber nur Delegierte

teilnahmen, die vorher die Meinung der Mitglieder gehört hatten. Aus dem Ziffernverhältnis der Delegierten zur Gesamtzahl der Organisation Schlüsse über die Stimmung der Masse zu ziehen, ist ein Unterfangen, das als Rechenexempel genau so eigenartig wirkt, wie als Experiment zur Untersuchung der Massenpsyche.

\* \* \*

Die verlogene Notiz entstammt der berüchtigten J. K. (Internationalen Korrespondenz) Baumeisters, deren Aufgabe neben der Verbeugung der Internationale darin besteht, die Berliner Arbeiterbewegung mit Dreck zu bewerfen und vor den Parteigenossen des Reiches herabzusetzen. Bei diesem edlen Werk steht die J. K. nicht allein. Sie arbeitet in engster idealer wie technischer Verbindung mit dem ganzen Flügel zusammen, der sich um die Fahne des Parteivorstandes schart. Da haben sich zusammengefunden der rote Fackel-Wels, Baake, Stampfer und alle, die mit Konrad Hänisch am Strange der „Glocke“ ziehen. Ueber allen aber leuchtet im väterlich-milden Glanze die Sonne des Parteivorstandes, der sie ideell und materiell unterstützt mit Mitteln der Gesamtpartei, mit Mitteln, zu denen die Berliner und der „Vorwärts“ im Laufe der letzten Jahrzehnte über ihre statutarische Pflicht hinaus Millionen beigetragen haben. Dafür müssen sie sich jetzt von dieser edlen Kumpanei bespeien und besudeln lassen. Diesem Sumpfe entflattert auch die „Sozialdemokratische Feldpost“, die, getragen von reinster Wahrheitsliebe, in „objektiver“ Weise die Genossen im Felde und in den Garnisonen über die Vorgänge in der Partei unterrichtet. Die Berliner Genossen haben alle Ursache, dieser raffiniert organisierten Brunnenvergiftung entgegen zu arbeiten und für eine ihrer Ueberzeugung entsprechende Aufklärung zu sorgen.

### An die Kreis- und Ortsvorstände!

Im „Mitteilungsblatt“ soll in Zukunft ein kleines Spiegelbild über das Parteileben in den einzelnen Kreisen und soweit das möglich ist, auch aus einzelnen Orten gegeben werden. Auch sollen alle Veranstaltungen wie Les- und Zählabende, Versammlungen usw. bekannt gemacht werden. Ferner ist beabsichtigt, eine Sterbetafel einzurichten, in der die Namen der verstorbenen Mitglieder verzeichnet werden sollen. Die Genossen werden gebeten, alle für das „Mitteilungsblatt“ bestimmten Veröffentlichungen bis spätestens Donnerstag früh nach dem Verbandsbüro, Lindenstraße 3, 4. Hof III Treppen, gelangen zu lassen.

### Wer ruiniert?

In dem entbrannten Kampf um den „Vorwärts“ spielt auch eine Rolle die Beschuldigung, daß die Genossen, die zu den von der Verbandsversammlung beschlossenen Abwehrmitteln greifen, an dem Ruin des eigenen Blattes arbeiten. Demgegenüber ist schon darauf hingewiesen worden, daß eine Schädigung des

Blattes doch nur denen zur Last gelegt werden muß, die durch ihre Gewaltmaßnahmen die vergewaltigten Genossen zu Abwehrmitteln zwingen und daß daher diesen die Verantwortung zufällt. Wie sehr aber auch die Verfechter der Parteivorstandspolitik in ihrem blinden Eifer das Vorwärtsunternehmen schädigen, dafür liefert die letzte Nummer der von den Sonderbündlern herausgegebenen „Groß-Berliner Mitteilungen“ ungewollt einen treffenden Beweis. Dort ist in einer Notiz über „Die Vorwärts-Sabotage“ u. a. folgender Satz zu lesen:

„Im „Mitteilungsblatt“ von Groß-Berlin setzt Ströbel seinen Amoklauf aus der „Leipziger Volkszeitung“ gegen den Parteivorstand fort. Unerhörte Gewalttat — Pharisäertum — so geht es Spalte um Spalte.“

Wir stellen hierzu fest: Als die „Groß-Berliner Mitteilungen“, in denen dieser Satz steht, das Licht der Welt erblickten, befand sich unser „Mitteilungsblatt“ noch im Druck, war also noch gar nicht herausgegeben. Es konnte also auf den Inhalt unseres „Mitteilungsblattes“ nur auf Grund des Manuskriptes oder eines Druckabzuges des herauskommenden Mitteilungsblattes Bezug genommen werden. Wird durch eine derartige Offenbarung nicht geradezu das Vertrauen in die Vorwärtsdruckerei vollständig erschüttert und das Druckunternehmen geschädigt, wenn man erfahren muß, daß vor Erledigung eines Druckauftrages bereits Mißbrauch mit dem Material getrieben werden kann?

### Arbeiterbildungsschule.

Dienstag, den 14. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr findet der vierte Vortrag im Kursus „Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ statt. Genosse Ernst Däumig wird behandeln: Der Uebergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft — Entdeckungen und Verchiebung des Weltmarktes — Das Aufkommen des modernen Handelskapitals — Die Entstehung des absolutistischen Staates — Klassenkämpfe am Ausgange des Mittelalters — Renaissance, Humanismus, Reformations.

Sonnabend, den 18. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, setzt der Genosse Eduard Bernstein seinen Kursus: „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Vorabend des Weltkrieges“ fort. Im besonderen wird er das Thema behandeln: „Die Sozialdemokratie und die Agrarfrage.“ (Die Bauernagitation in Süddeutschland Anfang der neunziger Jahre. Die Frage vor dem Frankfurter Parteitag 1894. Die sozialdemokratische Agrarkommission und ihr Bericht. Die Frage auf dem Breslauer Parteitag 1895. Die Gestaltung der Frage in neuerer Zeit.)

Sonntag, den 19. November, abends 8 Uhr findet der vierte und letzte Vortrag in der literarischen Vortragsreihe „Dichter des freien Menschentums“ statt. Genosse Heinrich Ströbel wird Leben und Werke Gottfried Kellers behandeln.

Alle Vorträge und Kurse werden im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof, rechts 3 Treppen, abgehalten. — Das Eintrittsgeld für die Sonntagsvorträge beträgt 10 Pfennig, für den Kursus 50 Pfennig.

### Aus den Organisationen.

Die Gemeindevahl in Britz, die am 29. Oktober stattfand, endete mit dem Ergebnis, daß die Kandidaten des alten Wahlvereins 60 bzw. 61 Stimmen erhielten, während auf die Kandidaten der Großergruppe 18 bzw. 19 Stimmen entfielen, obwohl im „Vorwärts“ die Namen der Kandidaten des alten Wahlvereins nicht veröffentlicht werden durften.

### Die Retter des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand läßt sich jede Hilfsaktion gern gefallen. Dabei spielt es nicht die geringste Rolle, welche Mittel in Anwendung kommen. Auch er bedient sich der von ihm sonst so verurteilten Sonderorganisation in der Partei, wenn seine Position dadurch gestärkt werden kann, ja, er unterstützt in solchen Fällen sogar offen Sonderbestrebungen. Das zeigte sich klar und unzweideutig in der Teltower Organisationsfrage. Dort stellte er sich offen auf die Seite der Sonderbündler, welche die Organisationszerstörung auf ihre Fahne geschrieben hatte. Mehr noch, die Mehrheit der Mitglieder des Parteivorstandes sind sogar Mitglieder von neu gegründeten Sondergruppen im Teltower Wahlkreise.

Natürlich wollen auch seine Anhänger in Berlin nicht zurückstehen. Seit Monaten suchen sie ihren Kreis zu erweitern. Diesem Zwecke dienen zunächst die „Groß-Berliner Mitteilungen“, in denen aller Schmutz abgeladen wird. Niedrige persönliche Kampfesweise ist die Kampfmethode, die ihnen im Meinungsstreit gerade recht ist. Man schreckt auch nicht vor Denunziationen zurück, wenn es gilt, unbequeme Genossen los zu werden. Unwahrhaftigkeit und Unehrllichkeit sind die Waffen dieser Kampfgenossen. In den letzten Tagen gehen die Parteivorstandsretter auch offen vor; sie lästern das Visier. Zum Anlaß nehmen sie die Beschlüsse der letzten Verbandsversammlung über den Vorwärtskonflikt. Im „Vorwärts“ vom 3. November veröffentlicht Genosse Eugen Ernst einen Protest gegen diese Beschlüsse; sie verstießen gegen das Parteistatut. Und das wird in einer Zeit gesagt, wo der Parteivorstand das Organisationsstatut fortgesetzt mit Füßen getreten hat. Dem Protest folgen die Namen einer Reihe von Genossen, unter denen sich Leute befinden, die vor gar nicht langer Zeit erklärt haben, den „Vorwärts“ abbestellen oder gar dagegen agitieren zu wollen. Mancher Genosse wird sich gefragt haben, welchen Zweck die Entgegennahme solcher Protesterklärungen haben soll. Wir glauben diese Frager befriedigen zu können. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger, als die unter dem Szepter eines Mitgliedes der Kontrollkommission zu sammeln, die für den Parteivorstand die Schutztruppe bilden sollen. Das geht auch aus einer Einladung hervor, die folgenden Wortlaut hat:

B. G.

Wir laden Sie hiermit ein, zu der am Freitag, den 10. November 1916, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, stattfindenden

Besprechung

Tagesordnung:

#### Gründung des Vereins „Vorwärts“

Leser- und Diskutierklub für Groß-Berlin.

Diese Einladung dient als Legitimation.

Mit Parteigruß

E. Ernst, Lindenstraße 2.

Befcheiden oder gerissen nennt sich der neue Verein „Vorwärts“ „Leser- und Diskutierklub für Groß-Berlin“, ist aber nichts anderes als eine Sonderorganisation gegen die bestehende alte Parteiorganisation. Es gab übrigens eine Zeit, in der die Gründer dieses Diskutierklubs in heftiger Weise gegen solche Gründungen witterten. Es dürfte für heute genügen, diese Tatsache festzustellen. Unseren Genossen aber rufen wir zu: Bewahrt unseren alten Organisationen die Treue. Nicht in der Zersplitterung der Kräfte, sondern in ihrer Zusammenfassung liegt die Stärke.

### Genosse Haase zum Vorwärtskonflikt.

Im Reichstage hat nach dem amtlichen Stenogramm Reichstagsabgeordneter Genosse Haase am 31. Oktober nachstehende Rede gehalten:

Abg. Haase (Königsberg): Meine Herren, der Herr Abg. Ebert hat den Versuch gemacht, das Abkommen, das er jetzt mit dem Oberkommando in der Angelegenheit des „Vorwärts“ getroffen hat, mit meinen Erklärungen zu decken, die ich im September 1916 dem Oberkommando abgegeben habe. Ebert weiß, daß ich damals nicht für meine Person und nicht als Abgeordneter mit dem Oberkommando verhandelt habe, sondern in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Partei, und zwar in Ausführung übereinstimmender Beschlüsse der maßgebenden Körperschaften (Hört, hört! bei der Soz. Arb.-Gem.), nicht mit freudigem Herzen, aber in der Erfüllung einer Pflicht. Der Abg. Ebert weiß aber auch — und das ist mir viel wichtiger — daß auf mein Betreiben bei jenen Verhandlungen das Oberkommando ausdrücklich zugestanden hat, daß die Tendenz des „Vorwärts“ in keiner Weise geändert werden solle. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.-Gem.) Meine Herren, damals wie jetzt wurde vom Oberkommando nur verlangt, daß Inhalt und Form des „Vorwärts“ in Zukunft den Zensurvorschriften entsprechen sollen. Ich habe am Schlusse jener Verhandlung als Ergebnis der Vereinbarungen festgehalten, daß, wie jede Partei, so auch insbesondere die „Vorwärts“-Redaktion alle politischen Ereignisse im Lichte ihrer Anschauung, von ihren Grundsätzen aus, auch in Zukunft darzustellen das Recht hat: und, meine Herren, um ja keine Mißdeutungen in Zukunft aufkommen zu lassen, habe ich in dem Schreiben, welches ich im Auftrage der Körperschaften und der Redaktion dem Oberkommando übergab, als ich die Bedingungen annahm, noch ausdrücklich jenen Vorbehalt gemacht und

dem Inhalte noch den Satz hinzugefügt, daß der „Vorwärts“ auch in Zukunft nach den Grundsätzen seiner Redakteure redigiert werden würde. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.-Gem.) Das weiß Ebert und das dürfte er nicht verschweigen! (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.-Gem.) Meine Herren, auf diese Weise hat er den Schein erweckt, als ob ich dasselbe dem Oberkommando zugestanden habe, was er, über die Forderungen des Oberkommandos hinausgehend, diesem jetzt freiwillig angeboten hat. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.-Gem.)

Nach Abschluß meiner Verhandlungen ist der „Vorwärts“ — das beachten Sie wohl — über zwei Jahre hindurch in seinem alten Geiste, nach den Grundsätzen seiner Redakteure, deren Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in ihrem Anstellungsverhältnis ausdrücklich zugesichert ist, geleitet worden. Jetzt dagegen ist die Meinungsfreiheit der Redakteure gebrochen, jetzt ist die Diktatur über den „Vorwärts“ eingerichtet. Nicht mehr um die Beobachtung der Zensurvorschriften handelt es sich jetzt, sondern um die Veränderung des Charakters des „Vorwärts“. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.-Gem.) Meine Herren, die gesamte Presse, auch die gesamte bürgerliche Presse, hat sofort, nachdem der „Vorwärts“ wieder erschien, festgestellt, daß der „Vorwärts“ jetzt andere Anschauungen vertritt wie vorher, daß er ein anderer geworden ist. Keine Rabulistik und keine Wortklauberei hilft darüber hinweg, daß mein Auftreten gegenüber dem Oberkommando grundverschieden gewesen ist von der Haltung, die der Abg. Ebert und seine engeren Freunde jetzt eingenommen haben. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! (Lachen.) — Ja, meine Herren, damals blieb der „Vorwärts“ derselbe „Vorwärts“, jetzt nach den Verhandlungen Eberts ist er ein anderer „Vorwärts“ mit anderen Anschauungen und anderem Charakter. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.-Gem.)

Der Herr Abg. Ebert hat nun die Diktatur, die Herr Müller im „Vorwärts“ jetzt ausübt, in merkwürdiger Weise zu rechtfertigen gesucht. Er erklärte, Müller könne sich doch nicht in der Redaktion verhalten und verprügeln lassen. Das konnte die Auffassung erwecken, als ob in der „Vorwärts“-Redaktion zwischen Müller und den Redakteuren zum mindesten eine Rauferei stattgefunden hätte. (Oho! und Lachen bei den Soz.) Niemals ist etwas ähnliches vorgekommen. Das Gegenteil — (Große Heiterkeit) das Gegenteil ist der Fall gewesen, solange Müller über die Zensurvorschriften in der Redaktion des „Vorwärts“ zusammen mit dem Redakteur Däumig wachte. Müller und Däumig haben, wie ich aus dem Munde beider weiß, die ganze Zeit hindurch in bestem Einvernehmen in dieser Richtung gehandelt. Ich war also durchaus berechtigt, vorher zu sagen, daß das Gegenteil der Fall gewesen ist. In seiner Eigenschaft als Zensor hat Müller mit den übrigen Redakteuren gar keine Verührung gehabt. Richtig ist allerdings, daß er als Mitglied des Parteivorstandes in der Preßkommission häufiger mit den Redakteuren scharfe rednerische Auseinandersetzungen gehabt hat, wie sie unter leidenschaftlichen Personen mit verschiedenen Grundauffassungen über die wichtigsten Fragen der Gegenwart

durchaus begreiflich sind. Er konnte also als Zensor, wie es die Preßkommission vorschlug, unbeschränkt schalten und walten, ohne seiner Würde etwas zu vergeben, wenn diese auch noch so fein ausgeprägt ist. In Wahrheit aber kümmert er sich um die Redakteure überhaupt nicht. Die Redakteure haben nicht mehr den Einfluß auf ihr Blatt, sondern selbstherrlich bestellt er Artikel, autokratisch bestimmt er den Charakter des Blattes. (Zuruf bei den Soz.) — Das sind die Erwiderungen auf die Ausführungen des Abg. Ebert. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.-Gem. Zuruf von den Soz.) — Ebert hat geflüstert immer wieder und wieder mich benannt, und seine Ausführungen waren von Aufrichtigkeit nicht getragen, wie ich darlegen mußte und weiter darlegen werde. (Unruhe bei den Soz. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Herr Abgeordneter, ich möchte doch bitten, zu bedenken, daß wir nicht der sozialdemokratische Parteivorstand sind, der über die Streitigkeiten in Ihrer Partei zu entscheiden hat. Ich glaube, Sie tun gut, das dieser Instanz zu überlassen und nicht dem Hause. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Paasche (Königsberg): Herr Präsident, ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, wenn der Herr Abg. Ebert nicht mit großem Nachdruck meine Person immer wieder in die Debatte hineingezogen hätte. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.-Gem.)

Während das Oberkommando am 19. Oktober 1916 den Redakteuren ausdrücklich schreibt, daß eine mit den Zensurvorschriften in Einklang gebliebene Vertretung der Weltanschauung und der politischen Ueberzeugung der Leser des „Vorwärts“ nicht die Grundlage für ein Einschreiten des Generalkommandos gegen den „Vorwärts“ bilden kann, wird in Wahrheit der „Vorwärts“ infolge der vorher dargestellten Vorgänge in Widerspruch mit der Ueberzeugung der Leser nunmehr hergestellt.

Die inneren politischen Angelegenheiten einer Partei gehören allerdings nicht vor das Forum dieses Hauses. (Lebhafte Zustimmung.) Hier handelt es sich aber, nachdem die Frage einmal aufgerollt ist, um eine Frage der politischen Moral, und diese Frage geht über den Rahmen einer Partei hinaus, sie berührt in höchstem Maße die Allgemeinheit. Das Oberkommando dürfte sich nicht so verhalten, daß eine von ihm noch dazu aus unzulänglichen Gründen unterdrückte Zeitung einer anderen Parteirichtung in die Hand gespielt wurde; (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.-Gem.) und es dürfte niemand sich dazu hergeben, sich unter Ausnutzung des Belagerungszustandes dieses Blatt in die Hand spielen zu lassen. (Erneute Zustimmung bei der Soz. Arb.-Gem.)

Wenn der Herr Abg. Ebert erklärt hat, daß ihm die Auffassung Stadthagens in dieser Beziehung gleichgültig sei, so habe ich doch die Empfindung: mag er noch so sehr mit der Miene des Gleichgültigen auftreten, so wird ihm doch von einiger Bedeutung sein, was die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin, das heißt die Vertretung der Leser des „Vorwärts“ und der Eigentümer des „Vorwärts“-Unternehmens, am vorigen Sonntag erklärt hat. Die Sprache, die dort, und zwar einmütig, geführt worden ist, war eine klare, nämlich, daß es sich bei dem Vor-

gehen Eberts und seiner Freunde nicht nur um eine Parteischädigung handelt, sondern auch um einen Verstoß gegen die politische Ehre im Sinne unseres Statuts. (Lebhafte Zustimmung bei der Soz. Arb.-Gem. Urube.)

### Wie die I. K. informiert.

Die Banmeisterliche Korrespondenz, die auch innere Parteivorgänge verhöckert, verbreitet folgende Notiz in der Presse:

„Der Stadtverordnete Genosse Basner, einer der ältesten Berliner Kämpen, trenn bewährt unter dem Sozialistengesetz, antwortete auf die Frage, ob er die Zahlung des Abonnementsgeldes für den „Vorwärts“ verweigern werde, verneinend. Daraufhin beschloß der Zentralvorstand, daß die Stadtverordnetenfraktion ihn aus den Vertrauensämtern ent-

fernen solle. Das nennt man Meinungsfreiheit in Groß-Berlin!“

Tatsächlich ist der Sachverhalt folgender: In der letzten Sitzung des Zentralvorstandes erklärte Genosse Basner ganz frei und offen und nicht auf eine Frage, daß er nicht in der Lage sei, den Beschlüssen der Verbandsversammlung sich fügen zu können, er würde den „Vorwärts“ weiter halten und bezahlen. Das empfanden die anwesenden Funktionäre als eine Provokation; sie waren der Meinung, daß Funktionäre der Partei nicht in einer Körperschaft sitzen können, die ganz offen erklären, die gefassten Beschlüsse der obersten Vertretung der Genossen von Groß-Berlin sich nicht unterordnen zu wollen und deshalb wurde beschlossen, den Ausschuß der Gemeindevertreter, als deren Obmann Genosse Basner im Zentralvorstand sitzt, zu ersuchen, einen anderen Genossen zu delegieren, der sich den Beschlüssen auch unterordnen kann.

## Wehrt Euch gegen den „Vorwärts“- Raub!

Der brutale Gewaltstreich des Parteivorstandes, den Berliner Genossen unter dem heuchlerischen Vorgeben, das Blatt zu erhalten, zugleich ihr Blatt zu rauben, hat in weiten Parteikreisen Empörung hervorgerufen, aber auch den festen Entschluß, diesen Streich nicht antwillig hinzunehmen. Die Verbandsversammlung hat bekanntlich beschlossen, die Zahlung der Abonnementsgelder solange zu verweigern, bis der frühere Zustand wieder hergestellt und den Berliner Genossen ihr Organ in dem von ihnen gewünschten Charakter wiedergegeben ist. Das vorgeschlagene Mittel hat den Verlag zu der Gegenmaßregel veranlaßt, denjenigen, die die Zahlung verweigern, das

Blatt zu entziehen. Der von der Verbandsversammlung eingesetzte Aktionsausschuß hat beschlossen, den Genossen als Ersatz das Abonnement der „Leipziger Volkszeitung“ zu empfehlen. Die Genossen in Teltow-Beeskow haben für ihren Kreis den „Braunschweiger Volksfreund“ erkoren.

Es ist notwendig, den Genossen den Bezug eines auswärtigen Parteiblattes zu erleichtern dadurch, daß die Bezirksführer sich bereit erklären, das Postabonnement entgegen zu nehmen und die Bestellung bei dem im Bezirk liegenden Postamt zu bewirken. Die „Leipziger Volkszeitung“ kostet monatlich 1 Mark und 14 Pfennige Bestellgeld.

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatlich 1 Mark, Bestellgeld 14 Pfg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

## Adressen der Kinderschutzkommission.

### I. Kreis.

Frau Emilie Richter, Berlin NW. 6, Karlsstr. 11.

### II. Kreis.

Ottillie Schröter, SW. 61, Barutherstr. 12 v. III.

### III. Kreis.

Frau Martha Schröder, Berlin SW. 68, Ritterstr. 56.

### IV. Kreis.

Frau Elise Bongars, Beynestr. 29.

Frau Johanna Kullff, Höchsteinstr. 4.

Frau Margarethe Göbe, Rotherstr. 2.

Frau Luise Meyer, Warschauerstr. 20.

Frau Kaczmarek, Mariannenstr. 37.

Frau Thiele, Staliberstr. 15.

Bernhard, Waldemarstr. 70.

Frau Hoffmann, Bogistr. 12.

Frau Stielke, Stralauer Allee 29 a.

Frau Fischer, Elbingerstr. 68.

Frau Emma Döhl, SO. 36, Forsterstr. 44, Vorsitzende.

### V. Kreis.

Frau Rosa Wollstein, Berlin NO. 43, Pichmannstr. 5.

Frau Walter, Berlin NO., Raugarderstr. 43, Hof IV.

Frau Ritte, Berlin NO., Wilsstr. 54, v. III.

### VI. Kreis.

Minna Pohse, Oderbergerstr. 20, v. IV, Vorsitzende.

Frau Drucks, Christinenstr. 33.

Frau Döring, Brunnenstr. 146, v. I.

Frau Minna Ortwein, Frankestr. 28.

Frau Frieda Krämer, Stolpischestr. 23.

Frau Lorenz, Rhinowestr. 7.

Frau Elise Sudowski, Grauensstr. 23.

Frau Minna Müller, Putbusenstr. 4.

Frau Luise Toepte, Stephanstr. 56.

Frau Marta Joseph, Gogkowskistr. 2.

Frau Alara Kowalski, Denfelstr. 48.

Frau Wittstodt, Wilhelmshavenerstr. 14.

Frau Frieda Klein, Triftstr. 42.

Frau Emma Markus, Soldinerstr. 19.

Frau Wenland, Christianiastr. 99.

Frau Püch, Föhrestr. 9.

Frau Marie Verner, Genterstr. 2.

## Nachruf.

### 4. Wahlkreis.

Am 2. November verstarben die Mitglieder unseres Wahlvereins, die Genossen

### Emilie Großmann

und der Genosse

### Max Schiele

Ehre ihrem Andenken!

### 6. Wahlkreis.

Am 5. November verstarb unser Genosse, der Fräulein

### August Gräß, Berlichingenstr. 8.

Am 6. November unser Genosse, der Schneider

### Ludwig Bemke, Mejerstr. 9.

Am 6. November der Genosse, Gastwirt

### August Kircher, Antonstr. 3.

Ehre ihrem Andenken!

## Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 27. Juni 1916 fiel auf dem Schlachtfelde unser Genosse, der Schlosser

### Hermann Kießig

Bezirk 215.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 14. Oktober fiel im Alter von 39 Jahren der Brauereiarbeiter

### Wilhelm Drews

Weißbachstraße 8, Bezirk 409 I.

Am 23. Oktober verstarb an seinen Verletzungen im Alter von 34 Jahren der Gerüstbauer

### Eduard Gärich

Liegnitzer Straße 3, Bezirk 206 I.

Am 18. Oktober fiel im Alter von 27 Jahren der Tischler

### Paul Alter

Ebertsstr. 20, Bezirk 390 II.

Am 3. Juli fiel im Alter von 33 Jahren der Kürschner

### Josef Dziwnik

Weidenweg 63, Bezirk 352.

Am 26. September verstarb an seinen Verletzungen im Alter von 33 Jahren der Rutscher

### Frik Buchholz

Boghagenerstr. 6, Bezirk 332.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 30. Oktober fiel der Widler

### Willy Jacobek

Wiesenstr. 30.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 23. Oktober 1916 fiel im Felde der Schlosser

### Alfred Kichhefer

Hermannstraße 73, 17. Bezirk.

Am 25. September 1916 fiel im Felde der Sattler

### Franz Langner

Panierstraße 20, 3. Bezirk.

Am 23. September 1916 fiel im Felde der Barbier

### Daniel Starkow

Pflügerstraße 12, 3. Bezirk.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 16. Oktober 1916 fiel an der Sommerfront der Bezirksführer des 1a-Bezirks, Metallarbeiter, Genosse

### Albert Hausstein

Bezirk Stralau, Kreis Niederbarnim.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Stralau (Niederbarnim).

Ehre ihrem Andenken!